

Stuttgart, 6. März 2009

Grüne zum Internationalen Frauentag:

Lohngerechtigkeit verwirklichen – Frauen verdienen 100 Prozent

„Die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern geht nach wie vor weit auseinander. Frauen in Deutschland erhalten immer noch rund 23 Prozent weniger Einkommen als Männer – auch bei gleichwertiger Arbeit. Die Arbeit von Frauen ist 100 Prozent wert – das muss sich endlich auch bei den Einkommen widerspiegeln“, erklärte die Grünen-Landesvorsitzende Petra Selg anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März.

In kaum einem anderen EU-Land seien die Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern so gravierend wie in der Bundesrepublik. „Es ist ein Armutszeugnis, dass Deutschland als eine führende Industrienation bei der Lohngerechtigkeit so hinterherhinkt. Das gilt umso mehr, als die EU das Ziel der Lohnleichheit bereits vor 50 Jahren festgeschrieben hat“, so Selg. Die ungleiche Bezahlung und die männliche Dominanz in den Führungsetagen seien außerdem ein Hemmnis für eine zukunftsfähige Wirtschaft. Dazu käme, dass Frauen durch die schlechtere Entlohnung oft nicht in der Lage seien, sich ausreichend sozial abzusichern. „Das wiederum verstärkt Altersarmut gerade bei Frauen“, kritisierte die Landesvorsitzende.

Selg forderte deshalb einen effektiven Schutz vor Lohndiskriminierung, ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft und Existenz sichernde Mindestlöhne, da besonders viele Frauen im Niedriglohnbereich beschäftigt seien. „Bundes- und Landesregierung müssen der Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt endlich den Riegel vorzuschieben“, sagte Selg.

Selg forderte außerdem mehr Engagement, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern: „Wir brauchen ausreichend hochwertige und flexible Betreuungsangebote für Kleinkinder. Deshalb müssen die Krippenplätze für unter Dreijährige und die Ganztagesplätze massiv ausgebaut werden. Hier ist die

Landesregierung besonders gefordert, da Baden-Württemberg bei der Kleinkindbetreuung im Bundesvergleich schlecht abschneidet.“

Darüber hinaus solle es Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ermöglicht werden, sich über einen längeren Zeitraum vom Beruf freistellen zu lassen, um einen Angehörigen zu pflegen. „Eine Pflegezeit nach dem Vorbild der Elternzeit würde vor allem Frauen zu gute kommen, da sie nach wie vor die Hauptverantwortung für die häusliche Pflege tragen“, sagte Selg.